

# Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Wilfried Strohmeier

## Die Geschichte der Fremdarbeiter in Villingen

Einem Thema, das in den letzten Jahren heiß diskutiert wurde und immer noch wird, stellt sich auch der Geschichts- und Heimatverein. Bei einem Vortragsabend im Refektorium des Franziskaner, der in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv durchgeführt wurde, beleuchtete der Kulturwissenschaftler und Historiker Stefan Alexander Aßfalg dieses heikle Thema. Er hat darüber seine Diplomarbeit geschrieben und einen umfassenden Beitrag in dem Buch „Villingen-Schwenningen – Geschichte und Kultur“ veröffentlicht. Das Buch wurde 1999 von der Stadt Villingen-Schwenningen aus Anlass des Jubiläumsjahres herausgegeben. Die Diplomarbeit ist im Stadtarchiv einzusehen.

„Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ nennt sich die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Sie ist für das Geld zuständig, mit dem die Zwangsarbeiter entschädigt werden sollen. Otto Graf Lambsdorff hat für die Deutsche Regierung die Verhandlungen zur Zwangsarbeiterentschädigung in Washington geführt. Zwangsarbeiter gab es nach Aussagen der Historikerin Annemarie Conradt-Mach und Stefan Alexander Aßfalg in vielen Firmen von Villingen-Schwenningen.

Conradt-Mach, Lehrerin an der Feintechschule in Schwenningen, hat sich in verschiedenen Arbeiten intensiv mit Fremdarbeitern und Kriegswirtschaft beschäftigt, unter anderem in dem Aufsatz „Alle meiden und verachteten uns...“, erschienen in dem Buch „1939/1949 – Villingen-Schwenningen.“ Aßfalg hat eine Magisterarbeit über „Die Geschichte der Fremdarbeiter in Villingen während des Zweiten Weltkrieges“ geschrieben. Im Jahr 1943 gab es laut Conradt-Mach in den sechs bedeutendsten Villingen Rüstungsfirmen etwa 20 Prozent Ausländer. Bei der

Schwarzwälder Apparate Bau Anstalt August Schwer Söhne (SABA) mussten diese, wie auch dienstverpflichtete deutsche Mädchen, zwölf Stunden für 55 Pfennige am Tag arbeiten.

Eine Firma, die als kriegswichtig eingestufte Produkte herstellte, war auch die damalige Kienzle Apparate AG, Villingen. Ein Teil der Unterlagen ist nicht mehr auffindbar. Aßfalg zitiert einen Zeitzeugen: „Ich kann also bloß bestätigen, dass man am 19. Abends einen Teil Unterlagen in die Heizung geschafft und sie dort verbrannt hat... Beim Verbrennen ging es um Korrespondenz mit Behörden, mit den Wehrmachtsdienststellen...“ Vor allem für die Luftwaffe war Kienzle Apparate wichtig. Aßfalg: Die Rüstungsindustrie fand in Villingen Präzisionsfabriken kompetente Partner für schwierige Entwicklungen.“ Kienzle Apparate vervierfachte die Zahl der Beschäftigten zwischen 1939 und 1944. Hergestellt wurden Regler für Panzer und die Luftfahrt. Bei Kriegsende waren Druckmesser und Regler für U-Boote in der Entwicklungsphase. Der Betrieb wurde 1940 zum Kriegsmusterbetrieb ernannt. Eher unüblich war die Auszeichnung von Dr. Herbert Kienzle als Wehrwirtschaftsführer, was auch ein politisches Amt war. In Villingen führte der verstorbene Wilhelm Binder senior noch diesen Titel.

Trotz dieser kriegswichtigen Produktion wurden erst von Februar bis April 1945 vermehrt Angriffe auf Villingen geflogen, Schwerpunkt waren das SABA-Werk und Bahnlinien. Gerüchten zufolge haben die Bomber das Kienzlegebäude jedoch nicht gefunden, da es mit Tarnbemalung und Fensterblenden ausgestattet war. Hermann Riedel nennt in seinem Buch „Villingen 1945“ einen englischen Offizier, der zu Kriegsende einer der ersten Alliierten im Kienzle Werk war: „...Er habe aber den Auftrag gehabt das Werk Kienzle Appa-



*Kienzle-Apparate AG im Tarnanstrich.*

rate zu bombardieren, von oben habe das Werk jedoch wie ein größerer Schuppen ausgesehen.“ Riedel sieht diese Aussage skeptisch, da die Alliierten über gutes Kartenmaterial verfügten.

Jedoch nicht nur die deutschen Firmen beschäftigten Zwangsarbeiter. Riedel führt das Aluminum-Werk an, welches Schweizern gehörte. Dort waren am 21. April 1945 insgesamt 437 Menschen beschäftigt, davon waren 249 sogenannte Fremdarbeiter, darunter 38 französische Kriegsgefangene.

Für die beiden Städte Villingen und Schwenningen werden in den Dokumenten verschiedene Lager für Fremd- und Zwangsarbeiter genannt. Zahlen lassen sich nicht mehr rekonstruieren, da viele Unterlagen bei Kriegsende vernichtet wurden. Eine der wenigen übriggebliebenen, verlässlichen Angaben ist eine Meldung des Arbeitsamtes im Juli 1942 an das Bürgermeisteramt Villingen. Darin sind 485 Fremdarbeiter aufgelistet, mit 226 stellten dabei die Russen den größten Anteil. Die Verwaltung des damaligen Kreises Villingen führt im Jahr 1945, zu Kriegsende, in den Akten für die Stadt Villingen 2384 Kriegsgefangene, Zwangsverschleppte und Arbeiter.

Ein ehemaliger Lageroffizier in Villingen berichtet, dass kurz vor Kriegsende in drei Gruppen russische Gefangene aus dem STALAG V B (Kriegsgefangenenmannschaftsstammlager) zu je 400 Mann an die Schweizer Grenze gebracht wurden,

dies vermerkt auch Hermann Riedel in seinem Buch „Villingen 1945“. Laut Stadtchronik waren es in Schwenningen rund 3000 Zwangsarbeiter.

Untergebracht waren die Zwangsarbeiter unter anderem im STALAG V B, Villingen, welches sich in der Nähe der SABA-Werke befand. Hier waren zu Beginn des Krieges 1000 Kriegsgefangene interniert, zum Ende des Krieges 2000, vor allem Franzosen, Russen und Polen.

Dieses STALAG V B wurde laut Conradt-Mach am 28. März 1940 eröffnet und bis Kriegsende betrieben. Es war eines von drei Lagern im Wehrkreis V. Dieser umfasste ein Gebiet, welches sich südlich des Kaiserstuhls, Villingen, Münsingen und Ulm erstreckte. Conradt-Mach: „Von Villingen aus wurden im Zeitraum September 1941 bis Januar 1945 immer zwischen 20000 und 30000 Kriegsgefangene ‚betreut‘.“ In der Rietheimer Straße gab es ein Lager für Ostarbeiter. In Schwenningen gab es eine Außenstelle des STALAG V B in der Württembergischen Uhrenfabrik. Weiterhin existierten in Schwenningen zwei Lager, eines für Westarbeiter in der Liststraße, eines für Ostarbeiter im Dickenhardt. Verschiedene Firmen hatten die Erlaubnis, eigene Lager zu unterhalten, beispielsweise die nicht mehr existierende Schuhfabrik Johannes Haller. Diese befand sich gegenüber dem City-Rondell, heute Wohnart Welzer. Laut Zeitzeugen waren dort damals 50 bis 60 Menschen untergebracht.



*Stalag V B*

Eine der ersten Firmen in Villingen, die dem Stiftungsfond der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung der Zwangsarbeiter beigetreten war, war die Firma Burger Spritzguss. Gegründet wurde der Fond von Allianz AG, BASF AG, Bayer AG, BMW AG, Commerzbank AG, Daimler Chrysler AG, Degussa-Hüls AG, Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Hoechst AG, RAG AG, Robert Bosch GmbH, Siemens AG, VEBA AG, Thyssen-Krupp AG und Volkswagen AG. Weitere Informationen und Erläuterungen, wie auch eine Liste der dem Stiftungsfond beigetretenen Firmen gibt es unter [www.stiftungsinitiative.de](http://www.stiftungsinitiative.de).

Die Einzahlung in den Wiedergutmachungsfond wurde und wird von den Verantwortlichen der Industrie teilweise sehr kontrovers geführt. Fünf Milliarden Mark Stiftungskapital sind erforderlich. Dieter Teufel, Präsident der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg hatte im März 2000 folgende Ansichten zu diesem Thema: Für ihn war dies zum damaligen Zeitpunkt kein breites Thema des Mittelstandes. In seiner Aussage schwingen Erfahrungen aus der

eigenen Familie mit. Dieter Teufel stammt aus einer Schuhfabrikantenfamilie. Die Maschinen der Firma, selbst die Gebäude erzählt er, waren zu Kriegszeiten beschlagnahmt. Die Eigentümer hätten keinen Einfluss mehr auf die Firma gehabt, es seien Zwangsarbeiter beschäftigt worden. Seiner Überzeugung nach ist es nicht einzusehen, weshalb eine Firma an die Stiftung zahlen sollte, die selbst gelitten habe. Jedoch will er sich nicht falsch verstanden wissen. Teufel ist nicht prinzipiell gegen eine Zahlung an die Stiftungsinitiative. „Wer Verantwortung zu tragen hat, soll sich ihr stellen“, und verweist auf das Verursacherprinzip. Er zeigt sich überzeugt, jede Firma – auch die des Mittelstandes – müsse dieses Kapitel ihrer Vergangenheit erforschen. Die Betroffenen sind nach seiner Meinung jedoch hauptsächlich in der Großindustrie zu finden.

Mittlerweile haben in ganz Deutschland nicht nur Firmen, beispielsweise auch kirchliche Einrichtungen, ihre Archive auf Beschäftigung von Zwangsarbeitern geprüft.